

Unser Verlangen ist, alle deutschen Länder in den engeren Bundesstaat aufzunehmen. Sollten sich einzelne nicht entschließen, so besteht auch für diese die Bundesakte rechtlich fort. Aber ihre faktische Grundlage ist erschüttert, und sie muß in einer angemessenen Art wiederhergestellt werden. Ehe aber die Verhältnisse neu geordnet werden, sind Provisorien nöthig. Für den engeren Bundesstaat ist dies der Bund vom 26. Mai. Seine Hauptabsicht ist eine gemeinschaftliche Verfassungsvorlage für einen neuen Reichstag. Sämmtliche Regierungen halten daran so lange unverbrüchlich fest, als nicht Aenderungen die allgemeine Zustimmung erhalten. Hieraus mögen Sie ermessen, ob die eingetretenen Vorbehalte Abweichungen von dem eingeschlagenen Wege sind.

Preußen wird Aenderungen in unwesentlichen Dingen, aber nicht im Wesentlichen zulassen. Sollten wirklich hier und da der Partikularismus wieder für einen Augenblick die Oberhand erhalten, so täusche man wenigstens nicht durch hohle Formen, so verstecke man sich nicht hinter leere Verhüllungen, man muthe nicht Opfer zu, wo man keine bringen will. Offen erwarten wir, daß ein so klägliches Schauspiel der Welt erspart werde. (Lebhafter Beifall.)

Der Redner gibt nun die bereits bekannte Liste der bis jetzt beigetretenen Staaten.

Sobald auch die übrigen Regierungen sich ausgesprochen haben werden, wird der Termin für die Wahlen zum Reichstage festgestellt werden. Auch bedarf es eines weiteren interimistischen Organes, da die Regierung dies nicht mehr in der bisherigen Centralgewalt anerkennen kann, deren Basis ihr Zusammenwirken mit der Nationalversammlung war. Es ist dies gegenwärtig der Gegenstand von Unterhandlungen.

Meine Herren! Ehe ich schließe, bleibt mir übrig, einen Blick in die nächste Zukunft zu werfen. Die Regierung des Königs ist sich bewußt, das Beste gewollt zu haben, und in der Ausführung bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen zu sein. Ob es gelinge, ob dieser welthistorische Moment vorübergehen soll, ohne die tiefste Sehnsucht der Nation zu stillen — es hängt dies von der Zustimmung ab, die unser Werk finden wird. Ihr Urtheil fällt dabei schwer in die Waagschale. Sie und alle redlichen deutschen Männer werden der Regierung nicht vorwerfen, daß sie Deutschland zerreißen wolle, Sie werden ihr nicht unterschreiben, daß sie selbstthätige Absichten verfolge, da Sie wissen, welche Opfer Preußen als europäischer Macht durch das Eingehen in die deutsche Verfassung aufgelegt werden, da Sie wissen, wie die Sache am 3. April stand. Sie werden wissen, ob es sich um Eroberungsgelüste handelt, wenn Preußen schwere Pflichten erfüllt. Preußen will nicht nehmen, sondern geben — es ist für sich stark genug, nicht nur im Innern sich aufrecht zu erhalten, sondern auch noch nach außen die nöthige Hülfe zu leisten — den Dankbaren wie den Undankbaren. (Lauter Beifall.) Es hat es bisher vermocht, es wird es auch ferner vermögen, mit oder ohne den Bundesstaat, nach dem wir ringen werden mit allen Kräften, gleichviel, ob es im Vaterlande mit vielen oder wenigen Andern geschehe. (Lauter Beifall.)

Die Zukunft wird über uns entscheiden, wenn endlich Greichbares gefördert wird und auch die Einsicht kommt, daß für ein großes Ziel auch Opfer gebracht werden müssen.

Preußen will das gute Recht der kleineren Staaten sichern, aber auch das der größeren deutschen Nation. (Lauter, lange anhaltender Beifall von allen Bänken des Hauses.)

Deutschland.

Berlin, 28. August. Die „Constitutionelle Correspondenz“ theilt mit, daß der Großfürst Michael in Warschau vom Schlage getroffen, und bereits gestorben sei.

— Nach dem so eben veröffentlichten Reglement für die Annahme von Cleven zum Postdienste soll derjenige, welcher um seine Aufnahme als Cleve im Postdienste nachsucht, außer verschiedenen Attesten über seine Bildung und seine Vermögensverhältnisse auch eins über seine patriotische Gesinnung beibringen. Es fragt sich hiernach, wen die Postbehörden zur Ausstellung eines derartigen Zeugnisses für autorisirt erachten, und auf welche Weise Jemand eventuell den Nachweis über seine Gesinnung führen soll und ob etwa die Polizei-Behörde solche Atteste, ebenso wie die über die moralische Führung ausstellen soll.

Berlin, 29. August. Die Erinnerung an den hundertjährigen Geburtstag Göthe's wurde gestern auf folgende Weise hier gefeiert.

Der Wieland'sche Saal war sehr ansprechend dekoriert und erschien durch seine Drappirung ganz in einem rosa Lichte. Die kolossale Büste Göthe's, der kleinere Büsten von Schiller und Zelter zur Seite standen, war von Lorbeerbäumen umgeben, und an 7 Tafeln befanden sich etwa 350 Theilnehmer, unter denen eine nicht

eben ansehnliche Zahl von Damen. Von den bedeutenden Persönlichkeiten bemerkten wir Humboldt, Schadow, Rauch, Rosenfranz, Olfers, Stüler, Lichtenstein, die beiden Auerwald, Dyrhn, Wilde u. A.

Die Reihe der Festreden begann mit einem Toast auf den König und das königliche Haus, der in Versen vom Direktor August ausgebracht wurde. Es folgte der eigentliche Toast auf Goethe, den Prof. Rosenfranz ablas, ohne den Eindruck hervorzuheben, den wir von ihm erwarteten, hierauf deklamirte Kopisch einige Verse, mit denen die Anwesenden alsbald durch Vertheilung im Druck bekannt gemacht werden. Prof. Lichtenstein ließ sich hierauf sehr ausführlich über den Musenhof in Weimar und alle, die demselben angehörten, vernehmen und erregte die lebhafteste Ungeduld der Versammlung, die sogar in einem versuchten „Hoch“ ausbrach. Hierauf las Humboldt, aufgefordert von August, seine Einleitung zu einem von der Prinzessin v. Preußen gestifteten Goethe-Album und die gespannte Aufmerksamkeit der Versammlung folgte den Worten des Mannes, von dem ein Jeder fühlte, daß er gleich dem gefeierten Dichter = Fürsten allen Zeiten angehört. Olfers brachte noch einen Toast auf die bildenden Künste aus, indem er vor dem Materialismus unsrer Zeit warnte, und auch Röstcher sprach zuletzt noch, wir vermögen jedoch nicht zu berichten worüber. Die Reden wurden durch Gesänge eingeleitet, welche von einem trefflich besetzten Männerquartett ausgeführt wurden.

— 29. August. Die Anwesenheit der Herren v. Rothschild hat zu verschiedenen Gerüchten Anlaß gegeben. Es darf als zuverlässig mitgetheilt werden, daß die Herren v. Rothschild mit der Regierung keineswegs, wie erzählt wird, Verhandlungen wegen eines zu kontrahirenden Anlehens gehabt haben. R. B.

— Das Ministerium beabsichtigt in Rücksicht auf die vielfachen vorliegenden Arbeiten einige neue Unterstaats-Sekretärstellen zu kreiren, und dieselben durch Mitglieder der Kammern zu besetzen. Wie schon früher bemerkt, soll auch das Ackerbauministerium wiederum einen eigenen Chef erhalten. Das Mitglied der zweiten Kammer für Stolp, der Landrath v. Selchow, wird als zukünftiger Chef des Departements für landwirthschaftliche Angelegenheiten bezeichnet. R. B.

Dresden, 25. August. Der Haushaltsplan von Dresden für das Jahr 1849 stellt an Ausgaben 203,733 Thlr., an Einnahmen 125,335 Thlr. fest; es ergibt sich sonach ein Deficit von 78,398 Thlr. Außerdem verursachen die Maiereignisse der Stadt einen Aufwand von mindestens 12,000 Thlr. (z. B. 6000 Thlr. Krankenpflege, 1106 Thlr. für Straßenpflasterung, 870 Thlr. für Schleusenbedeckungen, abgesehen von 3249 Thlr. Anweisungen auf Speisen und Getränke, 1648 Thlr. dergleichen auf Waffen und Munition, 183 Thlr. auf Cigarren und Wein.) Die Stadtverordneten haben in ihrer Sitzung am 22. August diese 12,000 Thlr. als außerordentliches Berechnungsgeld bewilligt und das nunmehr auf 90,000 Thlr. erhöhte Deficit durch eine Stadtmulage von 84 Pf. von je 100 Thlr. des Grundwerthes, 28 Pf. vom Thaler des Wohnungsmiethzinses und 14 Pf. vom Thaler des Gewerbs-localienzinses zu decken beschlossen. D. J.

Hamburg, 26. August. Die gestrige General-Versammlung des Vereins für Handelsfreiheit hat mit einer entschiedenen Niederlage der Anschlußpartei geendet. Die gegen den Vorstand gerichtete Anklage, daß er mit seinen Erklärungen über die aus dem Anschlusse zu befürchtenden Gefahren für die Handelsfreiheit, sein Mandat überschritten und den Wünschen des Vereins zuwider gehandelt habe, ward mit einer glänzenden Majorität durch den Uebergang zur Tagesordnung beseitigt. Der für den Dreikönigsbund in's Feuer geschickte Kieffer fiel trotz seines Rednertalents vor diesem Forum gänzlich durch. Das Vorspiel zu den Beschlüssen der Bürgerschaft ist fast beendet. Freihandelsverein und Grundeigentümerverschein, die sich nun beide schon in gleichem Sinne ausgesprochen haben, schließen die große Majorität des gesetzgebenden Körpers in sich.

Frankfurt a. M., 26. August. Mit immer größerer Bestimmtheit wird in hiesigen Kreisen versichert, daß der Abschluß einer Einigung zwischen Oesterreich und Preußen über die Aufstellung einer neuen provisorischen Centralgewalt von Deutschland, auf der Basis eines Direktoriums nicht mehr zu bezweifeln sei, eben so wenig die Zustimmung der übrigen vier deutschen Königreiche zu diesem Einigungszwecke. Oesterreich hat, so wird behauptet, seine Abneigung gegen die Bildung eines Volkshauses fallen lassen. Der erste deutsche Reichstag, auf welchem sämmtliche deutsche Staaten vertreten sein werden, würde sich im Anfange des nächsten Jahres am Orte der Centralgewalt in der freien Stadt Frankfurt versammeln. Seine Aufgabe würde zunächst dahin gerichtet sein: die deutsche Verfassung, wie sie aus den Beratungen der deutschen National-Versammlung bei der ersten Lesung hervorgegangen, zu revidiren und die definitive Verfassung mittelst Vereinbarung mit dem Centraldirektorium, bei welchem sämmtliche deutsche Regierungen